

Deutschland, im Februar 2012

Aufruf an alle engagierten Bürgerinnen und Bürger!

Seit langem warnen namhafte Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft vor dem verhängnisvollen Weg, den die Bundesregierung in der europäischen Schuldenkrise eingeschlagen hat. Diese droht die Bundesrepublik Deutschland in einen gefährlichen Strudel zu reißen, der ihre finanzielle, wirtschaftliche und politische Stabilität gefährdet.

Derzeit spekulieren Regierung und Parlament allein im Rahmen der Rettungsschirmpolitik mit einem Einsatz von bis zu 250 Mrd Euro darauf, dass überschuldete und wirtschaftlich angeschlagene EU-Staaten ihre Kreditwürdigkeit auf den internationalen Kapitalmärkten wiederherstellen können. Zudem duldet die Bundesregierung, dass die Europäische Zentralbank hohe dreistellige Milliardenbeträge zur Stützung dieser Staaten aufwendet. Durch die ständig wachsenden Risiken dieser inzwischen auf Dauer angelegten Politik begibt sich die Bundesrepublik Deutschland im Gleichschritt mit anderen europäischen Ländern in eine unkontrollierbare Abhängigkeit vom wirtschaftlichen Wohlergehen krisengeschüttelter Staaten.

Parallel dazu ist ein fundamentales politisches Versagen zu konstatieren. Obwohl die Krise sich ständig weiter verschärft, halten Regierung und Opposition in Nibelungentreue an der Politik immer größerer Rettungsschirme fest. Der Bundestag stimmt unter der Drohung einer angeblichen Alternativlosigkeit mit überwältigenden Mehrheiten Maßnahmen zu, deren Auswirkungen er nicht überblicken kann. Keine der großen demokratischen Parteien hat auch nur ansatzweise Konzepte für eine effektive Schadensbegrenzung in Deutschland und Europa entwickelt.

Weite Teile der Bevölkerung beobachten dies mit Sorge, Ratlosigkeit oder offener Ablehnung. Trotz der Komplexität der Materie erfasst ein großer Teil der Wähler intuitiv, welche großen Risiken mit der jedes vernünftige Maß übersteigenden Haftung für fremde Schulden verbunden sind. Zudem warnen Wirtschaftswissenschaftler seit langem vor Fehlentwicklungen. Überzeugende Handlungsalternativen, wie z. B. in der sog. Bogenberger Erklärung (FAZ vom 6.12.11¹) dargelegt, betonen die Verantwortung jedes einzelnen Staates für die von ihm aufgenommenen Schulden und gewährleisten gleichzeitig die wirtschaftliche Stabilität der Europäischen Union.

Doch alles dies scheint die Regierung und die im Parlament vertretenen Parteien nicht zu einem Umdenken bewegen zu können.

Gegen die verhängnisvolle Europapolitik der Bundesregierung engagieren sich viele Organisationen und Einzelpersonen. Manche tun dies als Mitglieder der etablierten Parteien, die mit dem europapolitischen Kurs der Parteiführung nicht einverstanden sind, aber ihrer Partei dennoch die Treue halten wollen. Andere haben sich neuen Parteien und politischen Organisationen angeschlossen, um eine politische Alternative formieren zu können. Dritte scheuen vor der Bindung an eine politische Organisation zurück und engagieren sich auf individueller Ebene, als Berater, als Kommentator oder als Demonstrant.

¹<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/16-wege-aus-der-krise-sorge-um-deutschland-und-europa-11552994.html>

All dies ist begrüßenswert. Doch um politisch erfolgreich sein zu können, bedarf es der Sammlung, der Koordination und der Bündelung dieser Kräfte. Dazu muss der gemeinsame Grundkonsens in den Vordergrund des politischen Handelns gestellt werden. Wir rufen daher alle Bürgerinnen und Bürger und alle Parteien und Organisationen, die demokratisch, rechtsstaatlich und europafreundlich denken, dazu auf, sich dem

Bündnis Bürgerwille (BBW)

anzuschließen. Das Bündnis versteht sich als überparteiliche Sammlungsbewegung. Es vereint Menschen und Organisationen, die den folgenden Grundkonsens teilen:

1. Verantwortung für Europa:

Das friedliche Zusammenleben und die wirtschaftliche Integration der europäischen Staaten in der Europäischen Union ist eine historische Errungenschaft, die es zu erhalten gilt. Gegenwärtig gefährdet die Politik der Bundesregierung diesen Einigungsprozess durch maßlose und unkontrollierbare Ressourcentransfers. Die Bogenberger Erklärung benennt vernünftige und verantwortungsvolle Alternativen zu dieser Politik. Insbesondere sind Haftungsübernahmen durch Rettungsschirme zu vermeiden und jedem Euro-Staat ist auf eigenen Wunsch der Austritt aus dem Euro-System zu ermöglichen. Banken müssen genügend Eigenkapital bilden, um Staatsinsolvenzen verkraften zu können und die Europäische Zentralbank ist wieder allein auf die Wahrung der Preisstabilität zu verpflichten.

2. Stärkung demokratischer Mitbestimmung

Bundestag und Bundesrat hatten nur unzureichend Gelegenheit, über Maßnahmen zur Bewältigung der europäischen Schuldenkrise zu beraten und zu entscheiden. Statt dessen ist eine bedenkliche Verselbständigung der Exekutiven auf bundesstaatlicher und europäischer Ebene zu beobachten, oft unter dem Einfluss organisierter Interessen aus der Finanzwelt. Um die Bindung wesentlicher politischer Entscheidungen an den Willen der Bevölkerung wieder herzustellen, sollen zukünftig gesellschaftliche Grundentscheidungen der unmittelbaren Zustimmung durch die Bürgerinnen und Bürger bedürfen. Dies gilt insbesondere für Währungsfragen und für die Abtretung von Souveränitätsrechten an die Europäische Union.

3. Überparteilichkeit

Seit dem offenen Bruch des Maastricht-Vertrages im Mai 2010 gleitet die Bundesrepublik Deutschland in unüberblickbare finanzielle Risiken, eine zunehmende Einschränkung ihrer politischen Handlungsfähigkeit und einen Verfall ihrer demokratisch-parlamentarischen Kultur. Vor dieser verhängnisvollen Entwicklung treten andere politische Differenzen in den Hintergrund. Menschen aller politischen Auffassungen sind uns willkommen, sofern sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland vorbehaltlos bejahen. Die Mitwirkung im *Bündnis Bürgerwille* ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in einer rechtsradikalen, linksradikalen oder ausländerfeindlichen Partei.

Ziel des Bündnisses ist die öffentliche Manifestation des übergeordneten politischen Willens großer Teile der Bevölkerung. In einem ersten Schritt soll dies durch eine elektronische Unterschriftensammlung kenntlich gemacht werden. Damit knüpft das BBW an die im Sommer 2011 von rund 13.000 Menschen unterzeichnete Bundestagspetition gegen die Einrichtung des dauerhaften Europäischen Stabilisierungsmechanismus an. Diese Anzahl von

Unterschriften wollen wir weit übertreffen. Bitte schließen Sie sich dem Bündnis an, indem Sie sich auf der Webseite www.buendnis-buergerwille.de als Unterstützer des Bündnisses und seiner Ziele registrieren.

Das *Bündnis Bürgerwille* ist weder Partei noch die Vorstufe einer Parteigründung. Alle dem Bündnis angehörenden Parteien, Gruppen und Initiativen bestehen unverändert selbständig fort. Jedem Einzelnen und jeder einzelnen Initiative ist es unbenommen, in Eigenverantwortung über den Grundkonsens hinausgehende Vorstellungen zu verfolgen. Doch nur im Miteinander und damit in der Konzentration auf einen Konsens kann der deutschen Öffentlichkeit glaubhaft vermittelt werden, dass es eine ernstzunehmende und überzeugende Alternative zur verfehlten Politik der gegenwärtigen Bundesregierung gibt.

Falls Sie weitere Fragen haben oder das *Bündnis Bürgerwille* anderweitig unterstützen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Prof. Dr. Bernd Lucke (lucke@econ.uni-hamburg.de)

Dr. Johannes Hüdepohl (johued@web.de)

Erstunterzeichner:

Alexandra Arweiler ist Freiberuflerin und bringt als Mitbegründerin des Bündnisses Bürgerwille u. a. Erfahrungen aus ihrer unternehmerischen Tätigkeit, Medien, Kommunikation, Projektmanagement und Erwachsenenbildung in die Initiative ein. Sie engagiert sich auf Facebook und auf Twitter vielfältig gegen die Rettungsschirmpolitik.

Thomas Baumgärtel ist Deutschlands bekanntester Sprayer, ein internationaler Künstler, der auch unter dem Pseudonym „Bananensprayer“ bekannt geworden ist. Seine Spray-Bananen sind an den Eingängen von etwa 4000 Kunstmuseen und Galerien weltweit zu finden.

Dr. Thilo Bode ist Diplom-Volkswirt. Von 1989 bis 2001 arbeitete er als führender Manager von [Greenpeace](#). Er ist Gründer und Geschäftsführer der Verbraucherschutzorganisation [Foodwatch](#).

Christoph Grimm ist Rechtsanwalt und Koordinator einer eurokritischen Gruppe in Mecklenburg-Vorpommern.

Prof. Dr. Volker Grossmann ist Makroökonom an der Universität de Fribourg. Zu seinen Forschungsinteressen gehören wirtschaftliches Wachstum und Entwicklungspolitik. Er hat mehrfach kritische Stellungnahmen zur Rettungsschirmpolitik [publiziert](#).

Prof. Dr. Andrea Gubitz ist [Professorin für Volkswirtschaftslehre, Statistik und Finanzmathematik](#) an der Fachhochschule Frankfurt am Main. Zuvor war sie bei der Commerzbank, der Weltbank und in der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Deutschen Bundesbank tätig.

Dr. Johannes Hüdepohl ist Chemiker und im öffentlichen Dienst beschäftigt. Er hat im Frühjahr 2011 beim Bundestag eine Petition gegen den Europäischen Stabilisierungsmechanismus - ESM - eingereicht, die innerhalb kurzer Zeit von 13.000 Menschen unterzeichnet worden ist. Die Petition befindet sich derzeit in der parlamentarischen Beratung.

Mechtild Julius M.A. ist mit ihrer Firma MJ Beratung & Coaching Unternehmensberaterin im Bereich der Personalentwicklung, Moderatorin, Trainerin und Coach.

Dr. Marc Kemmler ist Geschäftsführer der Kemmler Unternehmensgruppe, Tübingen. Er organisiert Unternehmengespräche, in denen auf die bedrohlichen Entwicklungen der Staatsschuldenkrise aufmerksam gemacht wird.

Prof. Dr. Jörn Kruse ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wettbewerb und Regulierung, an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Mehrere seiner [Publikationen](#) befassen sich mit den Themen Staatsverschuldung und Demokratiereform.

Herr Dipl. Ing. Heiko Kusserow ist im öffentlichen Dienst tätig und engagiert sich für die CDU in der Kommunalpolitik.

Prof. Dr. Bernd Lucke ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg. Er ist Gründer und Geschäftsführer des [Plenums der Ökonomen](#), einer Vereinigung von mehr als 300 Volkswirtschaftsprofessoren, die sich im Februar 2011 mit überwältigender Mehrheit gegen eine Verlängerung des EU-Rettungsschirms ausgesprochen hat. Lucke hat mehrfach ausführliche Stellungnahmen zur Schuldenkrise in der Tagespresse veröffentlicht, die [hier](#) eingesehen werden können.

Prof. Dr. Dirk Meyer ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Als Inhaber des [Lehrstuhls für Ordnungsökonomik](#) befürwortet er einen Neuzuschnitt der Währungsunion, für den er konkrete Umsetzungsszenarien entwickelt. Er gehört der Gruppe Europolis an, deren Mitglieder vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Griechenlandhilfe und den Rettungsschirm geklagt haben.

Prof. Dr. Georg Milbradt ist [Ministerpräsident a. D. des Freistaates Sachsen](#). Von 1990 bis 2001 war er sächsischer Staatsminister der Finanzen.

Prof. Dr. Wilhelm Pfähler ist emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Prof. Dr. Manfred Schoof ist Komponist, Musikproduzent und Hochschullehrer an der Musikhochschule Köln.

Hansjörg Schrade ist selbständiger Unternehmer und stellvertretender Vorsitzender des [Aktionsbündnisses Direkte Demokratie](#). Er ist Mitglied der Grünen.

Dr. Bernhard Seitz ist Wirtschaftswissenschaftler und gehört zu den Initiatoren des [Aktionsbündnisses Direkte Demokratie](#). Er ist außerdem Mitbegründer des *Bündnisses Bürgerwille*.

Prof. Dr. iur. Dr.- Ing. E.h. Dieter Spethmann war von 1973 bis 1991 Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG. 2008 klagte er vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Lissabon-Vertrag und 2010 gegen das erste Griechenland-Hilfspaket. Er betreibt die Webseite <http://www.eurospethmann.de/>

Markus Stockhausen ist freischaffender und freiheitsliebender Musiker (Trompeter, Komponist). Sein Motto: "Lasst uns gemeinsam eine Zukunft gestalten, auf die wir stolz sein können". www.markusstockhausen.de

Arno Ulrichs ist Diplom-Ökonom und arbeitet für eine Wirtschaftskammer. Er ist Landesvorsitzender der [Freien Wähler Niedersachsen](#).

Prof Dr. Friedrich Vogelbusch, Dresden, ist Wirtschaftsprüfer und Steuerberater sowie Honorarprofessor an der Evangelischen Hochschule (FH) für Soziale Arbeit in Dresden. Er engagiert sich ehrenamtlich in der Synode der EKD und in der Diakonie.

Jeanette Wolzenburg ist Juristin und als stellv. Personalleiterin im öffentlichen Dienst tätig.